

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665.
Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellschild

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handeltitel) Dr. Carl Misch.
Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerter] 15 Pf. Nr 526

MITTWOCHE, 2. NOVEMBER 1932

ABEND-AUSGABE

Zaleski zurückgetreten Der verlorene Glaube

Oberst Beck voraussichtlich Nachfolger

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 2. NOVEMBER

Der polnische Außenminister Zaleski ist heute zurückgetreten. Eine offizielle Bekräftigung dieses Schrittes liegt zwar noch nicht vor, aber von bestunterrichteter Seite erfahren wir, daß die Entlassung über die Annahme des Admittisgesechs bereits gefaßt ist. Zaleski ist offenbar von seinem inneren Gegenstand, dem bisherigen Staatssekretär des Außenministeriums, Oberst Bed, gekürzt worden und man muß damit rechnen, daß Bed sein Nachfolger wird.

Pilsudskis Diplomat

Mehr als sechs Jahre lang war August Zaleski der Außenminister des Warschauer Pilsudski. Seine große, eines annehmevolle Gestalt war überall bekannt, wo Polen im Ausland repräsentiert werden mußte, und besonders in Genf hatte sich der erfahrene Diplomat allmählich einen festen Boden zu schaffen gewußt.

Zaleski war von Hause aus Gelehrter. Er hat früher eine Barschauer wissenschaftliche Bibliothek geleitet und wurde während des Weltkrieges Lektor für die slavischen Sprachen und Literatur im Londoner Kings College. Seine Haupttätigkeit bestand schon damals in der propagandistischen Vertretung der polnischen nationalen Ansprüche vor der englischen Öffentlichkeit.

Dabei hielt Zaleski sich von der extremen Linie der Nationalisten im Roman Dmowski fern und kam so nach Kriegsende in Verbindung mit den Kreisen um Pilsudski, die ihn sofort nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates in den auswärtigen Dienst brachten. Er wurde Gesandter in Athen und Rom, geteilt auf dem wichtigsten Posten in offenen Gegenden, die der damals wieder von Dmowski beeinflussten offiziellen Barschauer Außenpolitik und mußte zurücktreten, um wenige Wochen nach Pilsudskis Wiedergewählung 1926 als Außenminister in die Politik zurückzutreten.

Man kann nicht sagen, daß Zaleski als Leiter des Barschauer Außenministeriums eine ganz klare und feste Linie vertreten hätte. Er folgte sich mehr als Beamter

Pilsudskis und war bereit, jede Weisung des Warschauer auszuführen. Deutschland gegenüber hat er beim Pilsudski des sogenannten Neutralisationsabkommens und bei der Festlegung des dann von deutscher Seite nicht zur Ausführung gebrachten Handelsvertrags guten Willen zu Tage (sachlich) in Auslegung bewiesen. Bei anderen Gelegenheiten, insbesondere bei den Genfer Debatten über das Problem der nationalen Minoritäten, trat er aber wieder berechtigten deutschen Forderungen mit einer Schärfe entgegen, die weniger aus seinen persönlichen Anschauungen zu erklären war, als vielmehr aus der Bereitwilligkeit, jede Weisung der Pilsudski-Regierung und ihrer Beamten reiflos zu befehlen.

Der häufig längere Aufenthalt im Ausland und die Schwere der Tätigkeit, die der polnischen Wünsche immer voll durchzuführen, führten allmählich zu einer Schwächung der inneren Stellung Zaleskis. Seitdem formell unter ihm, tatsächlich aber neben ihm, in Warschau der ruhige und hochbetretende Staatssekretär Bed, einer der jüngeren Offiziere der Regierung Pilsudskis, tätig war, erschien Zaleski immer mehr als bloßes Exekutivorgan einer Politik, deren Entscheidungen er überhaupt nicht mehr beeinflussen konnte.

Es wäre möglich, nach einem konkreten Fall seines Politikums zu urteilen. Sowohl in der Frage des russischen Militärgreifens, die gegenwärtig noch dem Regierungswesentlichen in verbündeten Rumänien wieder einmal in Warschau zur Entscheidung steht, wie auch in der Frage der Fällung Polens gegenüber dem neuen französischen Abwehrungsplan war Zaleski wohl grundsätzlich bereit, die Entscheidung Pilsudskis anzunehmen und zu vertreten. Erst in einem späteren Zeitpunkt war man erfahren, an welchem Stein er strauchelte. Immerhin bleibt kein Zweifel darüber möglich, daß Zaleski bei dem allmächtigen Warschauer jetzt in völlige Ungnade gefallen ist. Denn der noch nicht fünfzigjährige wird, wie schon jetzt feststeht, keine Auslandsposten übernehmen und im Staatsdienst überhaupt keine Verwendung mehr finden. Er tritt ins Privatleben zurück und dürfte sich von neuem seinen gelehrten Neigungen widmen.

Sein voraussichtlicher Nachfolger Oberst Bed ist bisher noch nicht ernannt worden. Er steht erst im 39. Lebensjahr, war ursprünglich Adjutant Pilsudskis, später zeitweise als Militärattaché in Paris tätig.

Sächsische Industrie gegen Hugenberg

Ablehnung der Kontingentspolitik

Dr. Hugenberg hat sich das Ziel gesetzt, in seinen Vorkämpfen die Notwendigkeit der Kontingentierung der Einfuhr zu beweisen. Er hat über diesen seitens Buntz in seiner Rede am 2. November im Reichstag, die sächsische Industrie auch vor dem Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller gesprochen. Er ließ sich dabei wohl von der Hoffnung leiten, in diesem Verband, der mit den sonstigen Kreisen des Reichstages von Polen besonders sympathisch, einiges Verständnis zu finden. Darin ist er sehr enttäuscht worden. Er hat sich eine scharfe Abfuhr von dem Vorstehen des Verbandes geholt und eine sehr entzündende Ablehnung aller Vorkämpfungen auf Kontingentierung der Einfuhr.

Dr. Hugenberg hatte gesagt, daß Kontingentierung ein vorübergehendes aber notwendiges Mittel sei, mit dem sich die Volkswirtschaft wie die deutsche gegen die Schutzmächten anderer Volkswirtschaften wehren müßte, nachdem eine Handelspolitik mit Weisheitsgrundsätzen nicht mehr möglich sei. Seiten sachlichen Ausführungen hatte Dr. Hugenberg einen Angriff auf verschiedene vorkontingente Abgeordnete, darunter Dr. Roemgeier, vorausgeschickt, denen er normiert, in industriellen Kreisen die Kontingentierungseinfuhr einseitig zum Kompensiert und zum Selbstgeschrei im Wahlkampf gegen die Deutschnationalen gemacht zu haben. Er verwirklichte sich in polemischer Form gegen diese Vorgänger der Volkspartei, die auch mit seiner Weisheitspolitik einvernehmen ist.

Der Vorstehen des Verbandes, Buntz, behauptete diese parteipolitischen Ausführungen Hugenbergs außerordentlich. Er könne, um die Angelegenheiten zu klären, selber nicht darauf erwidern,

wenn der Verband jede parteipolitische Stellungnahme streng ausschloß und auch in dieser Sitzung eine Ausrede auf parteipolitische Erwägungen keine Raum geben könnten. Mit aller Schärfe ließ Buntz dem Dr. Hugenberg die sächsische Industrie die Kontingentierungsmaßnahmen der Reichsregierung nicht zuzuschreiben können. Die Folgen der bisherigen Einfuhrbeschränkung seien schon so verheerend, daß sich die Wirtschaftslage immer mehr zu einem Zusammenbruch aufspitze.

Es liege eben nicht richtig, daß der deutsche Binnenmarkt einen großen Teil der Veredelungsgegenstände der heimischen Industrie aufnehmen könne, die nur das Ausland begehre, und umgekehrt könnten die Produkte, die die Industrie zur Veredelung für ihren In- und Auslandsbedarf brauche, nur durch ausländische Zulieferung, die durch Einfuhr herbeizuführen, gelöst werden. Es aus der Kontingentierungspolitik herbeizuführen Beringerung im Ausland und die Abkopplung der sächsischen Industrie und ihre Folgen seien gar nicht absehbar.

Der Bericht des Verbandes Sächsischer Industrieller schließt vieldeutig mit den Worten: Eine Ausrede über den Vortrag fand nicht statt.

„Tomaten-Kommission“ berichtet

Die deutsche Regierungskommission, die mit den ausländischen Regierungen über die Einführung deutscher Kontingente für Landwirtschaftliche Importe verhandelt hat, ist heute vorzeitig wieder in Berlin eingetroffen. Die Mitglieder der Kommission werden heute nachmittags in der Sitzung des Reichskabinetts über das Ergebnis ihrer Verhandlungen in Brüssel, dem Haag, Paris, Rom und Kopenhagen Bericht erstatten.

Die Jüngeren unter uns wissen vielleicht gar nicht mehr, daß es in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts tatsächlich Politikern zu tunen gab, auf denen ein flüchtiger Beamter hinterm Schalter abgebildet war, der, wie die Aufschrift über dem Schalter verläufige, sich danach sehnte, Kriegserklärungen entgegenzunehmen. Lange blieben diese Arten nicht im Dandel. Es gab reichlich Kriegserklärungen, und die gute Lage verging. Sollte die Reichsregierung irgendwo so einen Schalter aufgemacht haben, unter der Devise: Hier werden Konfliktentscheidungen entgegenkommen?

Konflikte hat sie doch eigentlich schon genug. Sie hat sich mit dem Reichstag überworfen, mit dem Preussischen Landtag steht sie schlecht, die preussische Regierung wird von ihr unterdrückt, der Reichsrat ist in Dauerabwesenheit, die Parteien bekämpfen sie oder stehen ihr wenigstens mißtrauisch gegenüber; deshalb hat das Reichskabinett von Anfang an Wert darauf gelegt, sich mit den Regierungen der außerpreussischen Länder gut zu stellen. Doch waren die Methoden sehr anfechtbar. Es genügt nicht, den Kollegen dann freundschaftlich an die Hand zu legen, wenn die Sinne der Kollegen sich auf diese Gruppe richtet, die so harmonisch aussehend, und weil dieses Verfahren, das bei der Widerspruch mit den Länderregierungen in Stuttgart angewandt wurde, nicht genügt, so haben die Länderregierungen und vor allen Dingen Bayern seine Zusagen verlangt.

Eine authentische Mitteilung über den Inhalt dieser Zusagen liegt nicht vor. Über die Rede, die der bayrische Ministerpräsident am Montag in Stuttgart vor den Zentrumswählern gehalten hat, zeigt, daß der Chef der bayrischen Regierung jedenfalls der Ansicht ist, es seien ihm Zusagen vom Reich gegeben worden, die jetzt nicht eingehalten werden. Selbst hat sich mit großer Entschiedenheit gegen die Innenpolitik der Reichsregierung gewandt. Er hat das Schlagwort vom Parteienfrieden ergriffen, er hat die realistischen, als Reform verfaßten Verfassungspläne geprüft, und er hat das auch nach dem Spruch von Weizsäcker entgegen dem Rat des Staatsgerichtshofes fortgesetzt. Gegen den Reichsregierung in Preußen, welches ohne Einwilligung der Länder herbeizuführen, als das Ende des Reichstages charakterisiert. Mit sehr ernsten Worten hat er den Widerstand Bayerns in Aussicht gestellt. Er hat an 1918 erinnert, wo Bayern sich gegen die Aufrichtung eines Einheitsreiches sträubte, und er hat erklärt, jetzt wollen man offenbar die „Verprechtung des Reiches“. Er habe jetzt den Glauben an das Kabinett von Papen verloren, er sei auf das schwerste enttäuscht.

Die Reichsregierung ist darüber sehr verstimmt. Sie findet an, sie werde die Beziehungen zu Bayern nicht mehr so pflegen wie bisher. Man kann sich darunter verheißend vorstellen. Will sie vielleicht den Freiherren von Lesener das Einverständnis nach München entziehen? Erst vor wenigen Wochen hat sie die Ernennung eines Bevollmächtigten für die Regierungen der Mittelstaaten vollzogen, der sich alsbald an das Studium des Kurenbuchs machte, um den richtigen Anschluß zwischen den Hauptstädten zu finden. Und dennoch hat er gerade in Stuttgart den Anschluß an den Ministerpräsidenten des Reichs verweigert, man allerdings manche eine gewisse Demonstration Bayerns erlitten. Tritt das so, so wäre die Außenpolitik der Reichsregierung von Lesener in München vielleicht zu ertragen. Will man vielleicht keinen Reichsminister mehr auf eine Pauerlagerung schicken, die in Bayern stattfinden? Das wäre lächerlich für die Bayern schmerzlicher. Aber wer möchte glauben, daß das in diesem Streit ein gerechtes Mittel sei?

Selbst würde wie die von der Einigung der Regierungen haben wir doch schon einmal gesagt. Wie war es 1918, als der damalige bayrische Ministerpräsident Esser, ein Führer der Unabhängigen Sozialisten, der damaligen Reichsregierung Ebert-Saale die Freundschaft aufkündigte! Das war eine Groteske, die nicht lange dauerte. Inzwischen haben wir geordnete Zustände, bilden es uns wenigstens ein, und man darf verlangen, daß die deutschen Regierungen, sei es Reichsregierung, seien es Länderregierungen, nicht nach der Methode der getrennten Übervernünftigung handeln. Wir haben für die extrem-berücksichtigung Einseitigkeit mancher bayrischen Kreise nicht übrig. Die Ehren beipfeifeln, aber die juristische Sachwalter der bayrischen Regierung vor dem Staatsgerichtshof verurteilt, sind hier ausdrücklich abgelehnt worden. Unser Ziel ist das vernünftig geleitete einheitsreiche Reich, das kein Einheitsreich in irgendeinem übertriebener Sinne zu sein braucht, aber jedenfalls auf der Höhe von der Höhe der Einigkeit der Nationen zu sein und nicht von dem Standnis irgendeiner Nationen.

Weiter gibt es auch in der Nähe der Reichsleitung Kreise, die auf „föderative“ Gebantenängnisse sich dann flügen, wenn

es ihnen in ihren Stam post. Die unheilvolle Theorie, man könne die reaktionären Verfassungspläne dadurch durchziehen, daß man das Reich auflöse und durch ein neues Bündnis der Staaten gleichsam neu gründe, ist fürwahrverwerflich. Aber nur in manchen Kreisen ist dieser Ansicht gegen Freuden's Fährnis, wenn er sich der Rechtsboden nicht nur der Form nach, sondern mit echter Sonntagsbetreten würde, eine Reformreform hervorzugehen. Leider ist das Mißtrauen nicht von der Hand zu weisen, das es nur auf eine Eröberung der Macht antram und daß man die Reform unter den Tisch fallen läßt.

Da wird die Unorganisierung der preußischen Centralbehörden als Reform gefordert. Aus den Geschäftsplänen der Ministerien kann jeder geübte Wirtokrat innerhalb von zweimal 24 Stunden eine genaue Übersicht von Neuverteilungen herauszuarbeiten. Man kann die Bezugsstelle dem Finanzministerium angliedern und die Schulen dem Volksfürsorgeministerium. Man kann ein Ministerium für „Kunst und Sport“, es gibt unzulässige Einteilungsprinzipien, und nicht jede Neuverteilung ist eine Verbesserung. Aber jede Neuverteilung gibt die Möglichkeit, Hunderte von verdienten Beamten, entgegen den zwingenden Vorschriften des Beamtenrechtes, unter dem Schein der Willkür aus ihren Stellen zu werfen.

Man hört sich wieder rufen, daß der Umsturz der preußischen Ministerie etwa 400 Beamte aus Arbeit setzen werde. Und diese neue Parochejgilde würde nun wirklich die schädlich untreue höchstzulässigen Beamten ersetzen. Gleich Mißtrauen kann jeder nicht mehr als ungedruckt zurückgemeldet werden. Zuvor haben wir in diesem Monat erlebt. Und nicht nur Ministerpräsident selbst ist schwer enttäuscht, nicht nur Bayern verlor den Glauben. C. M.

Was wurde Geld versprochen?

Von unterrichteter Berliner Seite wird berichtet, die Forderungen des bayerischen Ministerpräsidenten, daß die Forderungen des Reiches nicht eingehalten werden und man durch die Fortsetzung der Maßnahmen in Preußen die Grundlagen der Reichsverfassung umkreise, ist unerbittlich. Es sei nur die einseitige Anträge gegeben worden, daß grundsätzlich an dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern nichts geändert werden solle. Die Reichsregierung verteidigt die Auffassung, daß sie auch mit der letzten Neubildung in Preußen, die auf dem Boden des bayerischen Urteils erfolge, von dieser Erklärung nicht abweiche.

Papen bei Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen zum Vortrag.

Abegg's Gespräche

Keine Begünstigung der Kommunisten

In der Erklärung der Gründe, die zu der Aktion gegen Preußen geführt haben, spielt eine Unterbrechung eine Rolle, die Anfang Juni 1914 stattfand. In dieser Unterbrechung nahm der damalige Regierungsrat, inzwischen Oberregierungsrat Diesl, teil, und seine Auffassung über Inhalt und Zweck der Bekämpfung sollen die Reichsregierung zu ihrem Vorgehen gegen Preußen, übrigens sieben Wochen später, veranlaßt haben.

Die preußische Regierung hat in Bezug auf Unentschiedenheit Kopfer, daß Staatssekretär Abegg die beiden kommunistischen Führer Rosler und Torgler nicht zur Verfügung, sondern zur Verbannung von Terroristen bewegen wollte. Dies soll angeblich eine andere Auffassung gehabt haben. Das Berliner 8. Wirtschaftsgericht teilte nun mit, daß die beiden Reichssekretäre nicht verurteilt, sondern freigesprochen wurden. Die Urteile sind veröffentlicht, aber es habe keine genaue Zusammenfassung der Kommunisten angenommen und auch niemals entsprechende Ausführungen gemacht.

Die preußische Kommissariatregierung macht jetzt darauf den „Alten-Abendblatt“ eine Anklageanschuldigung, wonach niemals gegen Abegg der Vorwurf erhoben worden sei, er habe kommunistische Terroristen begünstigt. Die Behauptungen gehen nur dahin, Abegg habe den Hjalmar Schacht, den Chef der Reichsbank, aus der Kommunisten zugewandt, sie sollten ihre Tätigkeit nach Art der Nationalökonomie betreiben.

Auch Reichsminister Freyer teilte uns mit, daß Oberregierungsrat Diesl ihm spontan und loyal erklärt habe, daß er niemals eine derartige Bekämpfung gegen Abegg erhoben habe.

Danach heißt allerdings völlig ungenügend, worauf der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede vom 20. Juli sich bezog, als er darauf anspielte, habe preußische Beamte hätten die Kommunisten begünstigt. Wenn übrigens in der Auflage „Abendblatt“ für das „Alten-Abendblatt“ behauptet wird, die preußischen Beamten hätten noch dem 20. Juli freiwillig bis auf eine Ausnahme, gegen ihre Minister ausgesprochen, und ohne manlichen Druck, so läßt dies auf einen Aufschubzustand der Begriffe schließen, was man unter „freiwillig“ und was man unter „aufrichtigem Druck“ zu verstehen habe.

All Hiza-Pascha

Im Stambul ist der türkische Reichsall Hiza-Pascha geflohen, dessen Name mit zwei schweren Niederlagen der Türkei verknüpft ist. Im Winter des Jahres 1904 hatte der General Unruh im Varna, wo er von Aufständischen vertrieben worden. Im Balkanrieg befehligte er die Offiziere in der Schlacht von Sarikamisch, und ohne sie zu verurteilen, nach Sanjina flüchtete, wo er sich den Griechen ergab.

Herriots spanische Enttäuschungen

Unangenehme Fragen — Frankreichs Hemd — „schändliche Propaganda“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 2. NOVEMBER

Mit seiner spanischen Reise hat sich Herriot seinen guten Dienst geleistet. Willkürlich war der Grundgedanke alles primitiv, die Früchte der Großfranzösischkeit, die Frankreich den spanischen Republikanismen in seiner traditionellen Emigrantenpolitik während der Monarchie gewährt hatte, so sichtbar zu ernten und der Welt zu beweisen, daß an die Stelle der Großfranzösischkeit Muffinsoln-Primo de Rivera jetzt eine Allianz zwischen den beiden Republiken treten solle. Der Spanier ist von Muffinsoln mit großem Interesse und Interesse auf die Herriot'sche Predigt im Unternehmungskreis nach Erörterungen an die napoleonischen Kriegstagen mit. Nebenfalls aber hat das spanische Volk von dem marokkanischen Abenteuer mehr als genug und ist durchaus nicht bereit, die Privilegien der Neutralität irgendeiner Bindung im Interesse der französischen Mittelmeerpolitik zu opfern.

Die eifrigen Demonters der spanischen Regierung, die jeden offiziellen Charakter des französischen Eintretens leugnet und nur die Erörterung von Arbeitsfragen zuläßt, hat nicht verstanden, Herriot auch nur das übliche Maß großfranzösischer Sympathiebeweigungen zu sichern. Selbstverständlich ist es nur eine Willkür, die immer wieder gegen den französischen Ministerpräsidenten demonstriert, und in der Studentenpolitik sprechen dabei auch sicher andere Motive mit als nur die Sorge um das Wohlergehen der spanischen Republik. Tatsache ist aber, daß Herriots spanische Reise keinen Preisgeheimnis für Frankreich barg. Die spanische Regierung ist eifrig bemüht, vorerstens bei der Abreise Herriots durch Aufhebung der republikanischen Organisationen eine freundschaftliche Demonstration zustande zu bringen und so den mehr als läßlichen Empfang auszugleichen.

Herriot selbst ist anscheinend durch die antifranzösischen Demonstrationen sehr beunruhigt. So stand auch der Presse-Empfang in der spanischen Botschaft unter seinem günstigen Stern. Von der Straße tönten die Rufe der demonstrierenden Studenten — „Räuber mit dem Jimperalismus“ und „Gott die Neutralität“ —

neben deutlichen Rufen sehr wenig gottfreundlicher Art. In einer kurzen Ansprache gab Herriot seinen Verbunden Ausdruck über die „schändliche Propaganda gegen Frankreich“, der er in Madrid begegnet sei. Die Resultate habe er in den Studentenverbindungen und den politischen Maueranschlägen gesehen. Dann bemühte er sich, die Friedensliebe Frankreichs zu unterstreichen, und erinnerte mit bitteren Worten an die Kriege von 1870 und 1914, um Frankreichs Forderung nach Sicherheit zu begründen. Schließlich bat er die anwesenden Journalisten, ihm in aller Offenheit zu sagen, was man Frankreich vorwerfe.

Der Chefredakteur der Zeitung „El Liberal“ machte ein freies Aufforderung Gebauch und fragte nach Frankreichs Stellung zur Revision des Friedensvertrages und der Kriegsschuldfrage.

Herriot fragte erregt auf und erwiderte: „Glauben Sie denn, daß Frankreich über etwas ändern könnte? Das ist eine historische Frage.“ Danach er den spanischen Journalisten die Kriegsverhältnisse durch das Bild zu Gemüte gefahren hatte, daß Saragossa, Burgos und Barcelona vom Feinde dem Erdboden gleich gemacht seien, rief er aus: „Frankreich ist überfallen, bestraft und verwüstet worden. Es hat für seine Freiheit gekämpft. Als der Krieg beendet war, hatte es wohl das Recht, sich an die Klüften des Verfallenen Frankreichs zu halten, trotzdem aber haben wir alle möglichsten Zugeständnisse gemacht. Wir hätten bis 1903 im Wienland bleiben können. Und jetzt wieder hat Frankreich einen neuen konstruktiven Plan im Interesse der Wirtschaft und des Weltfriedens ausgearbeitet. Wir haben auch die Reparationen aufgegeben. Was will man jetzt noch von uns? Unter Hemd? Aber das wird sich nie halten müssen, denn freiwillig geben wir das nicht her.“

Zum Schluß betonte Herriot die unabdingbare Freundschaft Frankreichs zur spanischen Republik und stellte die rhetorische Frage: „Woher kann bloß diese Propaganda gegen Frankreich kommen? Ohne Zweifel von jenen Ländern, die am wenigsten bereit sind, moralisch und material abzugeben.“

Abtaffung der Luftflotte?

Englands Abrüstungsvorschläge

LONDON, 2. NOVEMBER

Der Kabinettsauschuß für die Abrüstungsfrage hat der „Times“ zufolge seine Erörterungen über die See- und Luftflotten so gut wie abgeschlossen. Die Beschlüsse des Auschusses sollen in einer Erklärung über die englische Abrüstungspolitik zusammengefaßt werden. Außenminister Simon werde in zeitlich nach dem Geht, daß er an den Erörterungen über den französischen Plan teilnehmen könne.

Wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, hat der französische Abrüstungsplan die englische Regierung nicht zur Aufgabe ihrer eigenen Vorlesung, besonders so weit sie sich auf die qualitative Verklärung bezieht, veranlaßt. Dieser Punkt ist im französischen Plan völlig überzogen worden.

Einige englische Minister begünstigen nicht nur die Abschaffung der schweren Bombenflugzeuge, sondern auch der ganzen Luftflotte. Sie stießen dabei auf den stärksten Widerstand der militärischen Ministerien. In englischen Regierungskreisen sei man ziemlich allgemein der Ansicht, daß es besser sei, Deutschlands Mitarbeit an der Lösung der Abrüstungsfrage zu sichern, als es vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Polizei-Attake auf die Nelson-Säule

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 2. NOVEMBER

Es war nichts mit dem „Sturm aus Unterhosen“, Londons großer Tag der Demonstrationen verlief ohne schwere Zwischenfälle. Die stark eingekesselte Polizei blieb überall Herrin der Situation. Obwohl sich an 20 000 Menschen, Demonstranten und Zuschauer, vom frühen Nachmittag an um Whitehall herum, am Trafalgar Square, tumularisch drängten, wurden doch nur ein Polizist und 15 Zivilpersonen leicht verletzt.

Die Polizei hielt sich sehr zurück und machte vom Gummistempel nur Gebrauch, wenn der Stein- und Pfostenhaufen, den sie ausgegossen war, allzu ortsnah wurden. In Whitehall selbst bewegten genutz fünf befristete Brigaden die Menge. Von 8 Uhr ab begann die Polizei, die Straßen zu räumen. Sehr wurde es lahmger, am demantischen an der Nelson-Säule, deren Stufen von der Menge dicht besetzt waren. Als sie nicht wich, geladene bestimme Polizei die Stufen heraus und gepresste den Widerstand mit dem Gummistempel. Ebenso ging man an der Säule des Herjots von Hoy vor, wo die breite Treppe in der Deutschen Botschaft vorbei zum St. James'spark hinunterführt.

Nach Mitternacht kam es in der Nähe des Trafalgar Squares zu neuen Zusammenstößen. Aber auch die Hielten nicht lange stand. Auf dem Nelson-Säule wurden sich Autonomie umgewandelt und geistliche Reichsbesoldungen, an der Nelson'schen Straße bilden Arbeitslose Straßengänger an und rufen die Schilder von den Bogen herunter. Am ganzen wurden etwa 80 Demonstranten verhaftet.

Dänemarks Abfrage

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOPENHAGEN, 2. NOVEMBER

Wie aus dem Communiqué der dänischen Regierung über die gegen abgetragenen deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen hervorgeht, hat die deutschen Kontingentengenerierungsdinge höchlich befriedigt, aber glatt abgewiesen worden. Da Dänemark prinzipiell gegen jede Kontingentierung und in Sonderheit gegen die Kontingentierung von Schafwolle ist.

Am Anstöße an das Communiqué der Regierung höchlich ist trotz den von dänischer Seite geäußerten Bedenken zur Auslieferung gelangen, müssen sie netzenbewerben zu einem weiteren Niedrigkeit unterer Ansicht nach Deutschland führen. Dies wird, wenn wir recht unterrichtet sind, automatisch eine wesentliche Veränderung unfer Wareneinfuhr aus Deutschland nach sich ziehen, indem die Ausstellung von Verkaufsätzen für die Einfuhr von deutschen Waren bezogen werden wird.

Das wird genau so automatisch erfolgen, wie sich eine Erweiterung unfer Warenverkehrs in Deutschland daraus ergeben wird, daß unsere Bütternachfrage nach Deutschland vom 15. November ab bedeutend erhöht wird.

Drummonds Vermächtnis

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENEVE, 2. NOVEMBER

Der neue deutsche Untergeneralsekretär des Bitterbundes, der frühere deutsche Staatssekretär Dr. Frensdorfer-Wartha, ist in Genu eingetroffen, um über seinen Posten übernehmend, wenn die Bestätigung seiner Ernennung durch den Bitterbundesrat vorliegt, h. kaum vor dem 20. November, wo der Rat wegen der mandatsfähigen Sitzung zusammentritt.

In der gleichen Sitzung wird auch der italienische Bittergeneralsekretär ernannt werden. Für diesen Posten wird neuerdings der Jurist des römischen Außenministeriums, Piollotti, als Kandidat Mussolinis genannt, während man bisher die Ernennung des italienischen Delegierten Rocco, der u. a. Italien auch bei der Wirtschaftskonferenz vertrat, in Aussicht genommen hatte. An der letzten Sitzung des Bitterbundes wird der Generalsekretär, Sie Eric Drummond, auch einen großen Plan für die Nationalisierung der Arbeit im Sekretariat vorlegen, der weitere Erparnisse enthalten soll.

„Wahlen“ auf Kuba

Die Wahlen auf Kuba brachten einen großen Sieg der Exzellenzen Vorleser Dittorio Wirtschaffens Machado, die fast alle Sitze gewann. Aufstrebend fanden diese Wahlen unter der Bestätigung seiner Ernennung durch den Bitterbundesrat vorliegt, h. kaum vor dem 20. November, wo der Rat wegen der mandatsfähigen Sitzung zusammentritt.

Der Zweifel jetzt auffentkundig

Die Uebermittlung des berühmten Zweifel-Erlasses an den Preussischen Landtag ist jetzt vollzogen worden. Sie nimmt sich folgendermaßen aus:

Nr. 1146

Der Preussische Minister des Innern
I.D. 2141 XIX

Berlin, den 24. Oktober 1932
Eingegangen 30. Oktober 1932

An
den Herrn Präsidenten des Landtags

Auf Grund des § 25 Abs. 2 Z. 3 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 6. September 1932 über die Verfassung des Preussischen Landtags zu überlegen, in der auf Seite 224 eine von mir unter dem 28. September 1932 erlassene

Polizeiverordnung betr. Ergänzung der Redebeitragsverordnung vom 18. August 1932 (Gesetzblatt S. 280),
abgedruckt ist.

In Vertretung:
Zeugnis.

In der Polizeiverordnung zur Ergänzung der Redebeitragsverordnung vom 18. August 1932 (Gesetzblatt S. 280), vom 28. September 1932 (Nr. 56 der Pr. Verordnungsblätter) unterzeichnet, „Der Preussische Minister des Innern, Wlt. Behnninghagen“ der öffentliche beachtlich. Es ist zu verstehen, dass „ausgesprochene Partei und Zweifel“ angedeutet. Man fragt sich nun, weshalb es am 18. August noch ohne Zweifel ging.

Müßige Agitation

Die Nationalsozialisten hegen ihre Verfassungsmäßigkeit in der letzten Woche vor der Wahl auf das äußerste. Stiller sprach in der Wahl, wobei er übrigens wieder die unbegründete Anspielung machte, er habe „schwerere Gepäck“ als von Wapen, der nur „eine kleine Attentats“ mit sich führe, eine Anspielung, die den Reichstagen nicht trifft, denn seiner Verhaftung eine Attentats mit Gefährlichkeit in dem Part, der die deutsche Gede in Amerika ferner schloß, sich nicht von Wapen zu, sondern einen anderen Beamten des Reichs. Im übrigen ging Stiller wieder ausführlich auf die Vorgänge des 18. August ein, mit denen er offenbar innerlich noch schwer ringt. Heute nach ist Stiller in Berlin eingetroffen.

Goebbels hat in Braunshweig erklärt, nach der Wahl werden die Nationalsozialisten zur Abwehr des Volkswillens die Verantwortung übernehmen müssen. — Rabe flüchtete in Württemberg an, seine Gratulation wurde nach der Regierungsbildung in Württemberg ein „Mißtrauensvotum“ gegen den Oberbürgermeister Braut einlegen lassen. Bitte man vor vier Wochen gewählt, wobei vielleicht ein schlechtes Ergebnis herausgekommen. Jetzt aber könne man auf Grund des die Nationalsozialisten hoffen.

Weshalb Marine-Kriegsgericht?

Das die Katastrophe des Marine-Untersuchungs, „Aber“ nicht nur das Gesamt lot und nach der staatsrechtlichen Seite von einem ordentlichen Gericht abgeurteilt wird, sondern das ein Kriegsgericht in Kiel das Verfahren durchführt, hat in weiten Kreisen übersehen. Die Militärgerichtsbarkeit ist durch Reichsgesetz vom 18. August 1920 abgeändert. Das Verbot wurde jedoch nicht in Württemberg ein „Mißtrauensvotum“ gegen den Oberbürgermeister Braut einlegen lassen. Bitte man vor vier Wochen gewählt, wobei vielleicht ein schlechtes Ergebnis herausgekommen. Jetzt aber könne man auf Grund des die Nationalsozialisten hoffen.

Die Bestrafung regelt sich nach der Militärstrafgesetzbuch, die übrigens nach dem Krieg bedeutend vergrößert worden ist. Die Strafe der „Aber“ führt sich die Strafe auf §§ 223 und 326 des Strafgesetzbuchs.

Während bei Angehörigen der Handelsflotte gewöhnlich erst das Gesamt als Schuldige für, und gegebenenfalls ein Strafverfahren folgt, wird bei der Kriegsmarine zunächst der Strafprozess durchgeführt und danach ein Marineverfahren, das im wesentlichen die Aufgaben des seemannischen Verfahrens zu erfüllen hat.

Politische Tagesnachrichten

„Werwolf“ in der Heide

Aus der Künigsberg Seite kommt eine Nachricht, die zeigt, wie auch die Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes durch die hemmungslose politische Agitation gefährdet wird. In Meibels bei Königsberg müßte nämlich ein vor einiger Zeit eingetretenes Ungerde des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgetrieben werden, weil die Mitglieder dieses Arbeitslagers an der Sabotage einer landlichen Bannungsverfeigerung teilgenommen und sich zu Angriffen auf eine Gerichtskommission hatten mißbrauchen lassen. Dieser Arbeitslager bestand aus Mitgliedern des „Werwolf“.

Gesandter a. D. Michalichs

In Dresden verlor der frühere deutsche Gesandte Dr. Michalichs im Alter von 76 Jahren. Michalichs schloß 1890 den Sanft-Bertrag ab, der die Insel unter deutsche Oberhoheit brachte. Während des Weltkriegs erreichte er als Gesandter in Sofia den Ansehlich Bulgariens an die Mittelmittel.

Zuchtschulstrafe wegen Marine-Hochverrats

Der a. Staatsrat des Reichsgerichts verurteilte den Matrosen-Oberleutnant E. G. wegen Vorbereitung zum Hochverrat, verurteilt mittelmäßigen Bundesverrats sowie Hochverrat eines Dienstverrats zu drei Jahren Zuchthaus. Gestalt wurde für festlich erkannt, für die kommunistische Partei Material über die Kriegsmarine beschliff zu haben.

Brünnings positives Programm

Für eine Regierung der Notgemeinschaft

„In der in Frankfurt am Main erscheinenden „Reichs-Mainischen Volkszeitung“ entwirft der ehemalige Reichsminister Dr. Brünnings in einem Artikel „Am Tage nach der Schlacht“ ein Arbeitsprogramm für die vom Reichstag nach in seiner Rede in München geforderte „Not- und Mehrheitsgemeinschaft“, die nicht als eine Parole ins Blaue hinein gelten sollte, sondern als ein ernst zu nehmendes Verbot, alle untunlich um den Staat bemühten Kräfte des Volkes auf eine gemeinsame Linie zu bringen und unter der Autorität des Reichspräsidenten für ein bestimmtes Ziel politisch einzufachen.

Diese deutsche Not- und Mehrheitsgemeinschaft könne zunächst nicht für alle Gebiete des staatlichen Lebens ausfindig gemacht werden. Sie müßte als vorrangigste Aufgabe sich die Kampffähigkeit der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsprüfung helfen, der allerdings nur unternehmen werden könne, wenn die Gesamtheit und alle Kräfte des Volkes in Weisheit und Hingebung auf eine durchgehende Generallinie gebracht werden können.

Dieses Programm müßte umfassen:

ausgesprochen eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, die planmäßig darauf ausgeht, den deutschen Forderungen die Wirtschaft des Weltverkehrs zu sichern und für die kommende Weltwirtschaftskrisis die Stärkung der Auslandskonten und des Finanzwesens sowie die Aufstärkung des internationalen Kapital- und Warenverkehrs vorzubereiten.

inenspolitisch wird Abwehr aller Eindrungen durch feindliche Wahlkämpfe und fortwährenden Radikalismus sowie durch beständige Verfassungsversuche gefördert. Das Verfassungsproblem könne nicht mitten in der Wirtschaftskrise und im Reichsminister zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden.

Wirtschaftspolitik wird ein Plan gefordert, der jenseits aller unerbittlichen Verordnungen und Subventionenleistungen in seinen einzelnen Teilen und Etappen so auf einander abgestimmt sein muß, daß nicht eine Maßnahme die Wirkung der anderen in Frage stellt, und keine Vorbeugung fremde öffentliche Finanzen hind. Besonderen der Wirtschaftspolitik müßte ein produktives Arbeitsbeschäftigungsprogramm sein, das nicht an der Erkenntnis vorübergeht, daß Deutschland nicht gegen die berechtigten Interessen seiner hochgradig Arbeitslosen registriert werden und daß ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht ohne das Vertrauen und die Mitarbeit der Werktätigen eintreten könne.

Eine solche Umgrenzung der Aufgaben sei wohl geeignet, den immer noch vorhandenen Aufbaumöglichkeiten in allen Schichten der Nation politisch zu aktivieren und, geführt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und des Reichstags, in einer Regierung zu konzentrieren, die als Ausdruck eines in breiten Schichten lebendigen Volkswillens und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Reichstag die innerlich begründete „Autorität“ einer starken Führung beanspruchen und ausüben könnte. Es könne feststehen ein unübersteigbares Syndensystem, die für eine solche Aufgabe geeigneten Persönlichkeiten zu finden.

Neues Haushaltsrecht für die Gemeinden

Zwei Verordnungen der kommissarischen Preußen-Regierung

Die kommissarische preussische Regierung hat heute in zwei Verordnungen die Haushaltsaufstellung der Gemeinden neu geordnet. Die Vorbereiten zu dieser Regelung liegen bereits lange zurück und sind größtenteils in Zusammenarbeit mit den Inhabern der Selbstverwaltung vorgenommen worden.

Beide Verordnungen haben den Zweck, die Stellung der Gemeinden unter vorwiegend Wirtschaftsverordnungen zu fassen und unter vorwiegend Wirtschaftsverordnungen zu fassen, die jetzt praktisch von der Haushaltsaufstellung völlig ausgeschlossen sind. Jedes soll in der Form erreicht werden, daß der Gemeindebedarf, alle Bürgermeister oder Magistrat, gegenüber den städtischen Körperschaften, die Vermehrung der Ausgaben oder Verminderung der Einnahmen zur Folge haben werden, ein Abwehrrecht hat, falls darüber der Haushaltsausgleich gefährdet würde. Sogar die Verteilung von Beiträgen dieser Art soll unterliegen, wenn ihnen nicht gleichzeitig ein geeigneter und rechtlich zulässiger Deckungsvorschlag beifolgt wird.

Gemeindebeamten sollen in Zukunft nicht verantwortlich gemacht werden, wenn sie Forderungen leisten oder Maßnahmen treffen, die zwangsläufig zu Haushaltsüberschreitungen führen —

eine Anordnung, die endlich eine strengere Einbindung der Haushaltspäne durch die städtischen Behörden erreichen wird.

Ferner wird für die größeren Gemeinden die Rechnungsprüfung durch ein unabhängiges Rechnungsausschuss angeordnet. Durch alle diese Maßnahmen beabsichtigt die Regierung, das Eingreifen der Aufsichtsböden in Gemeindeangelegenheiten, das in den letzten Jahren schon fast zur Regel geworden ist, zu beschränken. Zweck ist auch die Festlegung des Haushaltsplanes und alle ähnlichen Beschlüsse die Befehlsgewalt des Gemeindeverband übertragen werden, wenn die Stadtratsverordnetenversammlung verweigert. Erst wenn alle Gemeindeinhaber sich nicht fähig zur geordneten Haushaltsaufstellung erweisen, sollen die Aufsichtsböden einschreiten.

Die zweite Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen wird eine weitere Ausdehnung des gemeindlichen Personalbestandes sicherstellen. Die Durchführung dieser Maßnahme wird von der Aufsichtsböden überwaht, die bei nicht hinreichender Verringerung der Stellenzahl in den Stellenplänen weitere Stellen in der Gemeindeverwaltung als künstig vorgesehen bezeichnen kann.

Die Richtlinien für den Rundfunk

Noch immer wesentliche Unklarheiten

Die Richtlinien für den Neuaufbau des Rundfunks werden am kommenden Dienstag in den Vereinigten Reichstagsausschüssen behandelt, und dann, das Einzelmitglied der Länder vorangetragen, bekanntgegeben werden. Diese Verordnung umschließt im wesentlichen die Ausgaben, die Beschäftigtenverhältnisse und die Programmgestaltung der Reichsrundfunk-Gesellschaft und der einzelnen Landesgesellschaften. Zur Charakterisierung der neuen Bestimmungen sind heute einige allgemeine Richtlinien veröffentlicht worden, die aber alle wesentlichen Punkte noch im Unklaren lassen.

Zu Beginn wird der Grundgedanke aufgestellt, daß die einzelnen Rundfunkgesellschaften ihr Programm selbstständig und unter eigener Verantwortung im Rahmen der allgemeinen Programmrichtlinien gestalten sollen. Die Einkünfte erfolgt aber schon in einer der nächsten Bestimmungen, wonach „sachliche Programmfragen“ und solche des Programmumfanges von der Reichsrundfunk-Gesellschaft bearbeitet werden sollen. Es verläßt also die Grenze, an der der Einfluß der zentralen Reichsstelle auf die einzelnen Sender aufhört? Wenn man weiter geht, daß der Einfluß des Reiches auf die Personalpolitik dadurch gefährdet ist, daß die Reichsrundfunk-Gesellschaft bei jedem einzelnen Sender mit 50 Prozent beteiligt ist, und somit den Verwaltungsrat bezieht, ist wohl die Frage berechtigt, wie weit die „Selbstständigkeit“ und eigene Verantwortung bei den Gesellschaften reicht.

Aber das Kernproblem der Staatsaufsicht und die damit zusammenhängenden politischen Fragen erhält man gleichfalls eine feine soge. Ausnahm. Es wird festgehalten, daß an der Ausübung der Staatsaufsicht die beiden Reichsminister beteiligt sind, der eine für Verwaltung und Technik, der andere politischer Kommissar für den Programmabteil. Beteiligt sind ferner die Länder durch den Staatskommissar, der von der Landesregierung des Landesbezirks gestellt wird. Die übrigen Länder des Bundesbezirks sind im sogenannten Arbeitsausschuss vertreten.

Die sich die Kompetenzen gegeneinander abgrenzen, wird nicht gesagt. Man erklärt nur, daß die Kommissare „einzelne Darstellungen aus politischen Gründen verbieten oder von Veränderungen abhängig machen können.“ Das ist eine Kaufkraftklärung, die nicht nach jeder Seite hin behauptet ist. Sie läßt vor allem auch die Frage offen, in wieweit der Staatskommissar die einzelnen Gesellschaften den Anweisungen des Reichsministeriums unterliegt. Demnach hört man von amtlicher Stelle, daß sich auf dieser Grundlage bereits eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen zwischen Reich und Ländern ergeben habe.

Abgabe der freien Gewerkschaften an Straßer

Der Führer des Deutschen Metallarbeiter-Bundes, Brandes, benutzte eine Verammlung der Sozialdemokraten in Halle zu einer Erklärung, daß die Behauptung, die Freien Gewerkschaften seien bereit, nach den Wünschen in Gemeinschaft mit dem Straßer-Führer der D.D.M.F., den christlichen Gewerkschaften und den Christlich-Deutschen Gewerkschaften eine Regierung Scheider zu führen, blühender Unfuss sei. Die Lage der Regierung Wapen müßte gemäß sein. Aber in diesem Zusammenhang die Freien Gewerkschaften in einem Atemzug mit den Nationalsozialisten zu nennen, sei eine Insamie.

„Ich darf als Führer der größten Gewerkschaft erklären“, sagte Brandes wörtlich, „wenn mit jenem Gerücht beauftragt wird, die Freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie zu lösen, dann muß gesagt werden, daß die Freien Gewerkschaften nach wie vor zur SPD stehen werden. Die Kampfgemeinschaft mit der SPD, werden die Freien Gewerkschaften niemals aufgeben.“

Das Attentat

Von ADOLF FRISÉ

Mit seinen vierundzwanzig Jahren konnte Richard Ronde vieles vom Leben, er hatte sorglos gelächelt und arm vegetiert. Goeben verließ er seine Geliebte, die erste Frau, die er zu lieben vermehrte; denn sie mochte ihn und ihn in der Beherrschung des Jafals überlegen. Er ging weg von ihr wie ein Sohn von seinen Eltern, um sich das Recht zum Leben zu erkämpfen, aber die ungewisse Gefährdung, einer ihr ähnlichen Frau zu begegnen, nahm er als Talisman mit. Er floh den Vorort, in dem er mit dieser Frau gewohnt und wählte ein gutes Viertel der Stadt, dessen nunmehr schneebedeckte Straßen einige Stunden länger in völliger Weife einen Frieden aus der Stadt in den Tag bringen, den selbst schändliche Sommerkammern den letzten Großblättern nicht verleißen kann. Nach dem ersten starken Schneefall blieb der Winter kalt; trockener und nasser Frost wechelten viele Stunden in das Gesicht der Landstraße und der dünnbesetzten Menschen. Rondes Zimmer wurde wärmer und schöner mit jedem fallenden Tag. Der junge Mann ging wenig aus. Seine Augen traten tiefer zwischen Wangen und Stirn zurück, denn er arbeitete unermüdet. Vor dem Schlafengehen, nach Mitternacht, ludte er meist eine Kneipe auf, er trank nicht viel, manchmal sah er allein am großen Holztisch, es war eben spät, wenn er kam, und der Winter war arm.

Gegen Ausgang des Winters erhoben sich nachts fürchterliche Stürme, sie rissen alle festere Säule von den Wänden und Geen durch die vermintete Föhlung der hohen Häuser, erlitten den Atem der mitleidig hegenden Menschen, heulen gegen Ecken und Ecken wie Vögel einer verfehlten Schlucht. In einer dieser Nächte wurde Richard Ronde von einem Mann überfallen, als er hundert Schritt vor seinem Haus sich gegen den Wind drehte, der ihm Augen und Mund erblühte. Der Mann warf ein bezaubertes Pulver gegen sein Gesicht, aber er traf nur den Rücken des Hutes, weil der Wind das ahnungslos bestimmte Opfer gleichmütig wehrte. Er als der Mann ihn, von hinten, zerrend, niederwarf, ergriff, wurde Ronde der Attentat gewahr, er bürmte sich um und faulste blind. Die Straße war leer gefegt, Ronde rief seinen Ruf, er kämpfte mit der ganzen Wehnung seines Brustkorbs und schlenderte so seinen Rücken, daß der groß fluchende Näher taumelte und Ronde losließ. Der Überfallene sah keineswegs, er griff keinen Gegner, einen schmalen, bleigefärbten Mann mittleren Alters, von sich aus an und entfaltete eine losredende Brutalität und Kaufkraft, der der Attentäter nicht gewöhnt war. Fast sah es aus, als habe Ronde den Mann überlistet oder zumindest, als sei er beglückt über den freien Einbruch in seine Einsamkeit. Da der summe Ringkampf sich offensichtlich zu seinen Gunsten entfaltete, hielt Ronde ein. Der Mann sprang weg, aber Ronde rief ihn zurück.

„Was wollen Sie, Geiß?“
„Wollen Sie mich los, Geiß?“
„Was wollen Sie? Haben Sie! Sonst rufe ich die Polizei.“

„Geld. Ich dachte, Sie sind reich.“
Der Mann zitterte erschöpft, er sah mehr feige als unverdächtig aus, seine Hände vergruben sich wehlos in die Taschen eines zerfallenen Rocks.

„Kommen Sie.“ Ronde gab den Mann frei, er ging halb hinter ihn her, im Aufzug zu seiner Wohnung packte er hart seine Arme. Er öffnete geräuschlos die Tür und schloß sie. Ronde war in sein Zimmer.

„Gehen Sie sich hin.“ Sie ziehen Sie das an, Sie können es bezahlen.“ Er reichte einen Mantel, den er nicht mehr trug.

„Gehen Sie nicht dann und bezahlen Sie sich ruhig. Auf der Etage wohnen noch drei Männer. Ich hole was zu essen.“ Die schmalen Schultern des traktlosen Räubers fielen noch hinter ab, sein Haar lag von Schweiß verbleit in die Stirn, den Mantel hielt er trotz erhaltener Arbeit seine Hände. Er stützte noch heftig. Ronde brachte Brot, Butter, Würst, heißen Tee.

„Ich esse mit. Ich habe auch noch Hunger. Mehr ist nicht da, es darf nichts übrig bleiben.“

„Entschuldigen Sie, junger Herr.“

„Gien Sie geht. Nachher sprechen wir.“

Der Mann griff heilig zum Brot, er aß es trocken. Erst allmählich behandelte er die Speisen wie eine richtige Mahlzeit, Ronde gab ihm reichlich Arogat in den Tee.

„Dante Ihnen, junger Herr. Ich war ein Schuft.“

„Sie sind es nicht mehr.“

„Sie sind verflucht hart.“

„Ich hatte gut gegessen: Ihre Glüd. Ich hatte nur zwei Mang in der Tasche.“

Das Glüd, das er hatte, ich wartete einige Stunden in der Ecke; Sie waren der Herr, ich sah für sich hielt. Ich bin vierzig Jahre alt; verdammt, das part einen bann, der junger, die Kätle. Sie mußte ich nun gerade treffen, Dante Ihnen, junger Herr. Der Schnaps wärmt gut. Habe ich Sie verließ?“
Ronde lachte.

„Gien Sie, was übrig bleibt, nehmen Sie mit.“

Der Mann verteilte viel, mit der Sättigung beruhigten sich seine aufgeregten Glieder, das Haar loderte sich, er sah trotz der Magerkeit jünger aus, als er angab.

„Haben Sie Familie?“ fragte Ronde.

„Eigentlich nicht. Meine Frau ist vor drei Jahren gestorben. Der Junge ist auf dem Land.“

„Was machst du dort?“

„Er will gut essen, er hat Glück gehabt.“

„Sie sind also allein?“

„Ja.“

„Das ist doch gut. So haben Sie nur für sich zu sorgen.“

„Ein bißchen einjam, junger Herr. Ein Weib kann trösten.“

„Sie hatten eine gute Frau?“

Ronde erzählte über die allzu gefühlvolle Frau. Ihm fielen einfallen, daß der Mann vor ihm fedsagen Jahre schließlich älter war als er.

„Ich war touzig, als sie farb“, erwiderte der Mann mit zufriedensvoll geanteten Augen.

„Würden Sie wieder heiraten, wenn Sie Geld verdienen?“

„Ich werde nichts mehr verdienen.“

„Aber wenn Sie doch Arbeit finden?“

„Das kann ich nicht sagen. Ich kann mir nicht denken, daß ich Arbeit finde.“

„Haben Sie weit nach Hause?“ lenkte Ronde ab.

„Zwei Stunden zu Fuß.“

„Ich gebe Ihnen fünf Mark, außerdem fünfhundert Pfennig für die Fahrt. Ich bringe Sie selbst in den Bus. Sie müssen ordentlich schlafen jetzt. Kommen Sie in drei Tagen wieder, ich will Arbeit für Sie suchen.“

Kampf um die Kunst

Von MAX OSBORN

Es gilt, sich für den Kampf um die Freiheit der Kunst zu rüsten, den wir bevorzugen — der vielmehr durch eine ganze Reihe von Grenzangriffen, wie sie die regelrechte Eröffnung der Feindseligkeiten einleiten pflegen, schon begangen hat.

Deutsch schließlich gilt die Reaktion der kunstfernen Mächte zusammen. Trägheit des Geistes, Banalität, Aufschub, mangelnde Sinn- und feiggezügelter Idealismus reichen sich die Hand zum Bande. Ihre Vorzüge gelten nahezu sämtlichen Elementen und Kräften in der bildenden Kunst und darüber hinaus in der Formgestaltung überhaupt, die seit Jahrhundertbeginn die deutsche Baukunstschöpfung befruchtete, ihr verjüngende Impulse zugeführt, ihre Stellung in der Welt neu begründet haben.

Das alles wird maßlos in den verwaschenen Begriff des „Kulturvolksweltismus“ hineingepreßt, den leider auch die jetzige Reichsregierung in eine ihrer ersten Kundgebungen aufgenommen hat. Was ist Kulturvolksweltismus in der Kunst? Es ist für die, die das Wort geprägt, immer das Neue, das sie noch nicht begreifen. Denn alles Neue in der Kunst, wenn es von Bedeutung ist, hat vor allem die Eigenschaften, ältere Anschauungen anzuhören, zu fügen oder zu „zerlegen“, und vor nicht mit dem voraussetzenden Künstler mitzukunden vermag, ist stets geneigt, sich mit dem ihm sonst unverständlichen Vorgang dadurch abzufinden, daß er darin lediglich das Bergehende, Unklarste, Unbegreifliche beachtet und Terrorismus treibt.

So war es in dem ungemein begreifenden Fall Dessau, so man das „Bauhhaus“ von der Stadt vertrieb. Bestimmt nicht in den Kreisen, denen die heutigen Nachhaber im Lande Anhalt angehören, der blinde Gog gegen alle Entwidlungsfähige in der deutschen Kunst des letzten Menschenalters, so wie diese Torsch gar nicht zu erklären. Vermutlich ist ihnen jetzt das Bauhaus als im höchsten Grade „Kulturvolksweltlich“, warum wohl? Weil ein feinerer Direktor, Antifinus, sich politisch intercalat gebildet? Das ist erweislich Beengung, denn von dem jetzigen Leiter, dem besonnenen Wies von der Höhe, konnte niemand dergleichen behaupten und hatte zweitens mit der Sache selbst natürlich gar nichts zu tun. Aber im Bauhaus wurden die Ideen der neueren Architektur und Raumbindung auf konsequente Weise durchgeführt, hier wurde zuerst mit Energie und Erfolg der mächtige Verlust unternommen, die neuen Formordnungen aus mit der maßvollen, industriellen Gestaltung in Verbindung zu bringen — dies erwie, in die Zukunft deutende Arbeit wurde ihm nicht verziehen.

Dabei wird die jetzt übliche Methode verfolgt, Fehler, die gemacht wurden, und die tief kritisch Denker der befristigt hat, als das Besondere hinzuzufügen und die positive Leistung, die überlegen danebensteht, zu unterschlagen. Nach diesem unaufrichtigen System wird auf der ganzen Linie vorgegangen. Die jüngere Bautunft hat, um die Fügung des Raumkörpers mit möglicher Klarheit herauszuarbeiten, das Motto des flachen Bodens zur Gebalte gefügt. Gewiß, das ist nicht mißzuverstehen, äußerlich genommen, vollständig nach dem Dogma erhoben und von schwächlichen Mißtauten zu Tode geübt worden. Aber hat der Gebalte selbst darum seine Berechtigung verloren?

Man lacht das flache Dach aus durchsichtigen agitatorischen Gründen als eine „Einfuhr aus Palästina“ zu distibrieren, selbstverständlich nur möglich in dem fluchwürdigen, „marxistischen“ vierzehn Jahren — und vergißt, daß z. B. das

„Sie sind großartig, junger Herr. Sie nehmen mit gar nichts übel. Sie sind ein feiner Mann.“

„Noch einen Arogat?“

„Der Mann wirkte wie die Parodie auf einen Räuber.“

„Hier ist meine Waife: der Pfeffer. Ich esse mich.“

„Er reichte Ronde eine kleine Tüte.“

„Ungefährlich, lieber Mann. Ja, jetzt wissen Sie ja Bescheid. Hunger ist schlimm, ich kenn das. Aber jo was darf man nicht mangeln.“

Ronde wurde brachte den aufgeregtesten Affektler auf die Straße. Der Sturm zerfetzte weiter die Luft. Die ungeliebt gewohenen Männer fanden am Bordstein, sie mußten auf den Autobus warten.

„Welche Arbeit können Sie?“

„Alles, Herr. Ich war Fabrikarbeiter, in der Lagerabteilung.“

„Wenn Ihre Frau noch lebte, hätten Sie mich dann auch überleben?“

„Sie fragen komisch. Was meinen Sie damit?“

„Nichts. — Ihr Autobus kommt.“

Der Mann stieg auf, er reichte Ronde von der Plattform aus zögernd die Hand.

„Sie lachten beide.“

„In drei Tagen, mein Herr.“

„Er erwartete Sie.“

Ronde hielt die Hand an seinen Hut, damit der Wind ihn nicht wegriß.

Berliner Vorort, daß dann Schinkel und seine Schule es aus denselben Gründen antreiben wie die abheulende Moderne. Da sie es technisch nicht durchführen konnten, umzogen sie ihr Hauptgefisma mit Altiten und Balustraden, um die Stielbedeure unsichtbar zu machen. Jeder Gang durch das ältere Berlin, ein Bild aus dem das doch wohl unerochädliche Gefühl jetzt dies deutlich gemut. Im 1880, als die Renaissance-Bewegung blühte, rief der Stadtrat Friedel in einem Buch über Berlin: Gottsdank, jetzt sind wir die „Gemeine Bauarts-Architektur mit ihren fischen Dächern“ los! . . .

Aber das ist lediglich eine Einzelheit. Die gesamte neuere Baukunst wird als „Volksweltlich“ benannt. Ich Gott, die Tanten haben, und zwar recht spät, nur übernommen, was an neuen Ideen heranzugewachsen war, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern im ganzen Weltkreis grade der germanischen Länder, in Holland vor allem, jodann in Scandinavien (Frankreich beteiligte sich erst später, Italien rückte mißlich nach). Heute aber erzählen Berichte aus dem Sowjetland, daß die dortigen Politiker, amüsiert wie sonst alle Politiker, wieder richtige Säulen, Kapitelle, Giebel und den ganzen Verziereten Baubehälter Apparat der Bergangenheit zu sehen wünschten!

In der Malerei und Plastik wird von den Kreisen, die basierend vom Erwachen und zum Aufbruch des deutschen Weisens sprechen, mit grotesker Treffsicherheit eben das verjolt und verhöhnt, was aus der tiefsten Schändt des deutschen Geistes, aus dem Willen zur Vertiefung und Deutung des Weltbildes, hervorgegangen ist. Hier ist ohne Frage auch viel experimentiert und herumgetastet worden. Aber in den Grundzügen der Bewegung steht ein unheilvoller Trieb von munderbarer Kraft und höchster Bedeutung, ihre besten Vorführer stiegen zu außerordentlichen Leistungen auf.

Eine Schulge-Staumburg und seine Gefolgschaft werfen das alles schließlich durcheinander, um darzutun, daß nichts, aber auch gar nichts in den Jahren der Republik geschaffen wurde, was Wert und Anspruch auf Geltung habe. Wobei wieder verlässigen wird, daß Wurseln und Anfüngen der Bewegung meist zurückzuführen, bis ins Jahr 1906 etwa. Schulge-Staumburg, ein mit verteidigter Architekt und ein Schulge-Staumburg, habert mit denen, die seine eignen Gedanken der früher fortentwickelt haben. Er benutzt seine alte, einst verständlich und fruchtbar angewandte Methode von Beispiel und Gegenbeispiel, um alles Deutsche zu verdammen, mit bißigem Spott zu übergrüßigen. Seit etwa das Bild des Hamburger Leiters in Gegenfall zu modernen Verändern, die das Ganze einer fälglichen Erstörung im Raum, im Licht und in der Farbe umsetzen mößten. Letztes, aber auch fultches Spiel. Wenn man etwa Neffisfiguren nach Niemannsdörfer oder aus dem Raumburger Dom mit gehalten von Ernst Barlach vergleichen würde, läße die Sache schon anders aus — von Barlach, den heute die ganze Welt als großen deutschen Meister feiert, dessen Köpfe von den Offizern aber als „mongolisch“ abgetan werden.

Man spürt mit, und das ist besonders merkwürdig, wenn man die politischen Zweckabsichten des Ganzernter unternommenen Vorliebe weitere Freizig züchten. Die Umbildung und Ungefährtheit, die sich mit ihrer eignen Arbeit noch stolz rühnen, entfallen eine erklaunliche Ansehungsfrist. Die allgemeine Verpöbelung des Gedemats kommt ihnen zu Hilfe. Künstler, die ins Hintertreffen geraten, wittern Morgenluft. Was soll man dazu sagen, wenn einstige geistvolle Interpreten des Expressionismus plötzlich die Ent-

Kostspielige Liquidität

Bericht der Vossischen Zeitung

ZÜRICH, ANFANG NOVEMBER

Die schweizerische Bankenexpansion hatte mit dem Jahr 1930, in dem sie sich allerdings schon wesentlich verlangsamt hatte, ihr Ende gefunden, seitdem eine allgemeine Bildung erfolgt, besonders als Auswirkung der vorjährigen internationalen Krise, die auch heute noch nicht abgeschlossen erscheint. Immerhin zeigen die Statistiken der schweizerischen Großbanken per 30. September, daß die bewegte Zeit der ständigen Realisierung ausländischer Guthaben und der Rückzug fremder Geleiter, die noch im 2. Quartal 1932 zu beobachten waren, wieder einer ruhigeren Entwicklung Platz gemacht hat. Die Bilanzsumme aller acht Institute, die sich in 2 Quartalen um 368 Millionen vermindert, hat im 3. Quartal lediglich um 105 auf 6643 Mill. Franken gesunken. Ende September 1931 betrug die Bilanzsumme allerdings noch 7806 Millionen, so daß innerhalb eines Jahres sich der Geschäftsvolumen um nicht weniger als 1293 Millionen vermindert hat und auf den Stand von Mitte 1927 zurückgegangen ist.

Beendigung der Vertrauenskrise im Inland sowie nahezu vollständiger Rückzug der noch realisierbaren Forderungen haben von dem einvernehmlichen Teil der Stillhalteabkommen gebunden, ein anderer Teil in langfristige Beteiligungen umgewandelt wurde, sind die Ursachen für den relativ kleinen Rückgang im Berichtsj. Er beschränkt sich zudem fast ausschließlich auf die Schweizerische Kreditanstalt, die Schweizerische Volksbank, den Schweizerischen Bankverein, die Schweizerische Bankgesellschaft, die zusammen mit 100 Millionen Franken an der Gesamtsumme der Bilanzsumme von 105 Millionen beteiligt, während bei den übrigen Instituten die Veränderungen unbedeutend sind.

Bemerkenswert ist, daß unter den Betriebsmitteln die Bankschulden seit längerer Pause wieder um 23 Mill. zugenommen haben. Beim Bankverein und der Kreditanstalt neuerer Zinsausgaben, die in den letzten Jahren englischen und französischen Ursprungs erfolgt, bei der viel diskutierten Schweizerischen Diskontbank zum Rückzuge des Publikums in den letzten Monaten, während bei den übrigen Banken bis von 77 auf 87 Millionen erhöht und sind nicht nur von den Großbanken, sondern auch von den Kantonalbanken, gegeben worden. In den von den Kantonalbanken neu bewilligten Einzahlungen sind noch ausstehenden Prioritätenkapitals von 20 Mill. Fr. bei der Diskontbank durch die übrigen Großbanken vorausgesetzt. Abnahme aber auf Schweizerische in Hinblick auf die kommende Sanierung, die wohl auch die Begrenzung der Geschäftstätigkeit der Genfer Bank auf ihr Lokalgeld mit sich bringen dürfte.

Während die kurzfristigen Einlagen fast unverändert geblieben sind, hat sich der Rückgang bei den Terminkreditoren infolge der weiteren Senkung der Rabatzenzinsen fortgesetzt. Die gleiche Tendenz zeigt sich auch bei den Obligationen, die um fast 40 Mill. Fr. mäßigend, die bei der Schweizerischen Kreditanstalt zu beachten ist, die für dreijährige Anlagen nur noch 3 pCt. für Gesamtbeträge von 174 Mill. Fr. beträgt, obwohl trotz der erfolgten Zinsreduktion, vom Rentabilitätsstandpunkt aus betrachtet, eine große Belastung für die Bank darstellt. Die Zinsen für langfristige Anlagen der Bilanzsumme angewachsen ist. Auf der anderen Seite dokumentiert dieser hohe Betrag langfristiger Schulden die verschärfte Liquidität, besonders im Hinblick auf die billigen Guthabens-Guthaben.

Das gleiche gilt auch von dem enormen Kassenbestand, der trotz seiner geringfügigen Abnahme mit 1056 Millionen Fr. (davon ca. 180 in Gold) ebenfalls eine riesige Rolle spielt. Die Kassenbestände sind im Vergleich mit dem Bankverein, wo der Kassenbestand abgenommen, um 25 auf den Rekordbetrag von 385 Mill. Fr. gestiegen ist. Das sind 27 pCt. der Bilanzsumme, gegenüber nur 16 pCt. bei der Schweizerischen Diskontbank, die mehr als Kapital und Reserven betragen.

Die Strukturveränderungen sind bei den Aktiven überhaupt bedeutender als bei den Passiven. Der starke Abbau der Wechselanlagen (57) und der Debitoren (60 Mill.), der sogar den des Vorkurses wesentlich übertrifft, hängt zum Teil mit dem geringeren inländischen Kreditvolumen zusammen, das infolge der mäßigenden langfristiger ausländischer Guthaben in langfristige Beteiligungen zusammen, wie sie besonders in Deutschland vorgenommen wurden. Als Gesamtbilanzsumme, die dem inländischen Vorkursüberschuss entspricht, und zwar um 40 Mill. Franken, zugenommen. Die Werteschriftenbestände sind nur beim Bankverein im Zusammenhang mit der Beendigung der belgischen Krise um ein wenig (einige Millionen) angewachsen. Auf diesem Posten werden wohl ebenso wie bei den Debitoren von verschiedenen Banken, besonders der Disconto-Gesellschaft, aber auch der Schweizerischen Diskontbank, noch Abschreibungen zum Jahresabschluss vorgenommen werden.

Der starke Rückgang der Bilanzsumme, der für alle Banken in den ersten neun Monaten bereits 640 Mill. Fr. beträgt, ist durch hohen Zinsausgaben (700 Mill.), der Rückgang des Jahresertrages erwarten. Das Effekten-Geschäft hat zwar den Banken zum Teil höhere Einnahmen als in den ersten drei Monaten des Jahres, aber infolge der weniger erfolgreich gewesen sind. Durch allgemeinen Rückgang der Umsätze dürfte sich für einzelne Institute die Verzinsung der in der Expansionszeit stark erhöhten Eigenkapitalen bedeutend schwieriger als in den Vorjahren gestalten.

Steuerscheine sind lombardfähig. Die Steuerscheine sind nunmehr auch zum Lombardverkehr der Reichsbank zugelassen. Die Zinsen betragen 5 pCt. der jeweiligen Bränsenkurse.

Wachsende Emissionsziffern in England. Die Neuemissionen auf dem englischen Markt mit Ausnahme der Reichsbank zugenommen. Die Emissionen im 3. Quartal im Oktober 1932, Pfund erreicht, verglichen mit nur 244 Mill. im selben Monat des Vorjahres. Der Gesamtbetrag der Emissionen im Beginn des Monats betrug auf 97,92 gegenüber 81,26 Mill. Pfund in der entsprechenden Zeit 1931.

Normaler Reichsbank-Ultimo

Die Belastung der Reichsbank zum Ultimo hielt sich den allgemeinen Erwartungen entsprechend in normalen Rahmen. Das Wechselkonto stieg um 257, das Lombardkonto um 113 Mill. RM. Auf anderem Seite ergab sich aus der Liquiditätsvorsorge der privaten und den Abziehungen der öffentlichen Kontoinhaber per Saldo eine Zunahme der Giroverbindlichkeiten der Reichsbank um ungefähr 13 Mill., so daß sich die gesamte Ultimobelastung der Reichsbank auf 357 Mill. RM, d. h. 30 Mill. weniger als am Ultimo September beziffert.

Aktiva	(in 1000 RM)	31. Oktober	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Goldbestand	817.314	20.509
und zwar Goldkassenbestand	756.062		
und Depot (Inhaberakt.) bei ausländischen Zentralnotenbanken	61.252		
Deckungsfähige Devisen	123.983	- 14.244
sonstige Devisen	39.480	- 16.720
Sonstige Wechsel und Schecks	2.857.108	+ 240.139
Deutsche Wechselnennungen	199.844	+ 132.492
Note anderer Banken	2.977	+ 1.412
Lombardforderungen	197.763	+ 112.763
Effekten	994.517	+ 13.380
Sonstige Aktiva

Passiva	(in 1000 RM)	31. Oktober	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Grundkapital	150.000	unverändert
Gesetzlicher Reservefonds	69.524	unverändert
Reservefonds	40.535	unverändert
Sonstige Rücklagen	31.937	unverändert
Umlaufende Noten	3.630.049	+ 206.072
Sonstige Verbindlichkeiten	889.483	+ 1.000
Sonstige Passiva	77.139	+ 27.137

Die Goldbestände des Noteninstituts erfahren infolge einer russischen Edelmetallausgabe eine Verstärkung um 205 Mill. RM, deren Gegenwert die Reichsbank zum größeren Teil in Form von kleineren Teilen in Devisen an die Russen bezahlte. Für den Dienst der Daves-Anleihe wurden ferner ca. 5-6 Mill. RM in fremden Werten gehalten, die infolge der Abnahme der Devisenbestände um reichlich 14 Mill. gegenübersteht. Immerhin ergab sich in der letzten Oktoberwoche

Erholung des Pfundes

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 2. NOVEMBER

Im Vordergrund des Interesses an der heutigen Londoner Börse stand die Ankündigung der Emission der Schatzanleihe von 200 Mill. Pfund, gegenwärtig 3 Proz. Konvertierungsausleihe. Die City empfand es als besonders erfreulich, daß die Schatzanleihe endlich die Initiative ergriffen hat und damit die lähmende Ungewißheit gewichen ist, die vor allem im Ausland über die Finanzierung der großen schwebenden Verpflichtungen am 1. Dezember herrschte.

Man hat sich auch in der Erwartung nicht getäuscht, daß die Bekanntgabe der neuen Emission zu einer Befestigung des Pfundes führen werde. Die heutigen Notierungen zeigen eine bemerkenswerte Aufwärtsbewegung gegenüber dem Stand am 29. Oktober, die sich auf 2,25 pCt. gegenüber 3,00 pCt. am Vorabendbild erhebliche feste, obwohl man sich immer vorsichtig sein muß, da der Pariser Platz infolge der Bankierfrage nur unbedeutend in Erscheinung tritt. Obwohl die Pariser Banken geschlossen sind, hat Paris auf direktem Wege Sterlingkäufe in London vorgenommen, so daß im allgemeinen die Situation wesentlich optimistischer aussieht. Vor allen Dingen scheint die Baisepartei endgültig ihre Engagements abzulegen.

Die schon gestern aufgetretene Nachfrage nach Sterling, vor allem am Terminkmarkt, ist von den offiziellen

Kind-Bilanz Ende November

Oktober-Absatz ge bessert

Die Sitzung des Aufsichtsrats der Berliner Kind-Brauerei Aktiengesellschaft, Berlin, in der am 29. Oktober im 11. Monatsberichts der Geschäftsjahre 1931/32 zur Vorlage gelangt, wird am 23. oder 25. November abgehalten werden. Wenn man auch bereits in diesem Monat die Freie Presse die Mitteilung gegeben hat, so lassen sich doch noch keine Hinweise geben. Es bleibt daher abzuwarten, ob und in welcher Höhe man mit Rücksicht auf die im abgelaufenen Geschäftsjahr eingetretene weitere Abschwächung eine Minderung der Vorjahrensätze (16 pCt. auf die Stamm-, 18 pCt. auf die Stammprämisse und 6 pCt. auf die Vorzugsaktien) eine Dividende für die im abgelaufenen Braujahre 1931/32 im Oktober etwa auf der Höhe des September gehalten werden, die sich durch erstmaligen Stillstand des Umsatzrückgangs auszeichnet.

Auf Grund der vorläufigen Produktions- und Absatzziffern in Oesterreich läßt sich feststellen, daß die Produktion im 3. Quartal des abgelaufenen Braujahres gegenüber dem Braujahr 1930/31 um rund 50 pCt. gegenüber dem Braujahr 1929/30 sogar um rund 30 pCt. zurückgegangen ist. Die Produktion im 3. Quartal des abgelaufenen Braujahres zeigt gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Produktionsrückgang um durchschnittlich 20 pCt. Die Produktion hat sich damit dem zum Vergleich mit dem Vorjahr gegenüber, der unter dem infolge der übermäßigen Steuerbelastung viel zu hohen Preisrisiko leidet. Die Belastung des Bieres, das pro hl mit 66 Schilling zu betragen, ist in den ersten 9 Monaten des abgelaufenen Braujahres um 25 S. an, wozu noch andere Steuern von 8 S. kommen. Die österreichischen Regierungsteuern

in der Bilanz der Deckungsmittel ein recht erhebliches Plus von 6 Mill. RM.

Zur Befriedigung des Zahlungsmittelbedarfes der Wirtschaft flossen neben 2061 Mill. Reichsbanknoten und 1074 Millionen Scheidennoten 1152 Mill. Entomark in Vor- erhöhte, der Reichsbankbestand an Rentenbanknoten hingegen auf 906 Mill. ermäßigte. — Die Deckungsquote der Reichsbanknoten betrug 26,0 gegen 27,4 pCt. am Ende der Vorwoche.

Dem Abstrom der Rentenbanknoten entspricht ein Rückgang der sonstigen Aktiven in ungefähr gleichem Ausmaß. Hieraus darf man folgern, daß das Beizen seinem Feldbedarf zum Ultimo wiederum aus eigenen Quellen hat decken können, so daß sich eine Inanspruchnahme des ihm bei der Notbank zur Verfügung stehenden Betriebsmittelskreditbes als erbrügte.

Der gesamte Wechselbestand der Reichsbank liegt mit 3275 Millionen RM weit unter den Ultimoziffern der vergangenen fünfzehn Monate. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang um 1154, zum Vormonat ein solcher um 133 Mill. RM. Der Zahlungsmittelbestand ist ebenfalls auf 5723 Mill. RM gegenüber 5873 im Vormonat und 6513 zur gleichen Zeit des Vorjahres zusammengeschrumpft. Diese Ziffern lassen im Verein mit der anhaltend günstigen Devisenbilanz die zögerliche Haltung der Reichsbank in der Diskontfrage schwer verständlich erscheinen.

Pfundbaisse verhindert Diskontsenkung. Die ständige Enthaltung der Reichsbank könnte, wie die Commerz- und Privatbank in ihrem Monatsbericht ausführt, zu der irigen Ansicht verleiten, daß das Wirtschaftswachstum immer im Zeichen des Schrumpfungprozesses stehe. Die Berichte aus der Industrie sprechen aber gegen eine solche Annahme, und die rückläufige Bewegung des Geldumlaufs wird mit dem Rückfluß gehamsterter Mittel in den Markt infolge des Abstroms der Rentenbanknoten Diskontsenkung auf 3 pCt. geführt, wenn nicht die Fundbaisse die Gefahr einer englischen Diskontsenkung in bezug auf die Nähe gegenüber dem Reichsbanknoten. Die Ansicht der Commerzbank blickt auch die Herabsetzung der amerikanischen Diskontrate verhindert.

Stellen, wie man hört, dazu benutzt werden, — die recht zusammengeschmolzenen Bestände des Devisenverkaufs sind auf 1000 Mill. RM gesunken, was eine Reihe von Wochen, daß die offiziellen Stellen als Devisenkäufer aufgetreten sind.

Mit der Emission der neuen 300 Millionen-Pfund-Anleihe ist die große Konvertierungspläne der Regierung abgeschlossen. Weitere Rückzahlungsmöglichkeiten bestehen jetzt bis zum Jahr 1934 nicht mehr. Die unmittelbare Emissionsergebnisse sind an der Londoner Börse eine markante Aufwärtsbewegung der Kurse der Festverzinslichen, die bei Eröffnung bis zu zwei Punkten gewonnen: Kriegsanleihe 102 (plus 2 1/2), 4prozente konsolidierte Anleihe 105 (plus 1 1/2), 4prozente fundierte Anleihe 110 (plus 1 1/2).

Im Prinzip ist die Börse für Internationale Industrie- werte haben, der Tendenz von Wallstreet folgend, nach einer weiteren Aufwärtsbewegung getrieben. Die deutsche Industrie ist dagegen bei kleineren Kursgewinnen beliebt. Am ausländischen Anleihemarkt zeigen die Kurse eine Tendenz zum Abwärts. Die deutsche Anleihe unverändert 80, Young-Anleihe 76 (76 1/2), 3proz. Oesterreicher unverändert 50, Ungarische Völkerbonds-anleihe 45 (minus 1 1/2). — Im Verlaufe konnten sich britische Festverzinsliche nicht auf ihrem besten Kurstand behaupten und zeigten unter der allgemein gedrückten Tendenz der anderen Märkte wieder Kursabschläge. Kriegsanleihe betragen um 15 auf 115 pCt. gesunken.

Am Devisenmarkt notierte das Pfund gegen New York bei Eröffnung 3,225 (3,30 Proz.), Paris 84% (84 1/2), Brüssel 23,90% (23,74%), Amsterdam 8,26 (8,21), Zürich 17,25 (17,12), Berlin 13,57% (13,58%).

weigern sich, die Besteuerer zu senken, da die Brauereien ihrer Ansicht nach bisher verhältnismäßig gute Ertragsrisiko abgeworfen haben. Demgegenüber steht die Tatsache, daß die Steuerlast auf die Steuerzahler, Landbesitzer, ungelagerte Körperschaften und Warenumsatzsteuer im letzten Braujahr rund 60 Mill. S. ausmachte. Infolge der rückgängigen Produktion und des hohen Preises der Rohstoffe, die im letzten Braujahr auf 10 bis 8 (11) pCt. für die Brauerei Schwechat auf 3 bis 2,50 S. taxiert. Bei manchen Gesellschaften besteht sogar die Möglichkeit eines Dividendenausfalls.

Bilanz-Ergänzung der Reckrothwerke AG. Wie erinnerlich, mußte die Verwaltung in der Hauptversammlung vom 23. Oktober auf Anfrage eines Aktionärs zugeben, daß ihr Bericht den gesetzlichen Erfordernissen nicht entspreche, und sie müßten verschiedene ergänzende Mitteilungen über die Belastungen der Gesellschaft machen. U. a. sollte die Verwaltung damals mit, daß zugezogen der Schweizerischen Staatsbank in Dresden ein Sicherheitshypothek auf das Werk in Höhe von 1 Mill. RM eingetragenen Pfandrecht, das die Gesellschaften der Reckrothwerke abgegeben. In einen auf Veranlassung der Aktionäre verfaßten, jetzt veröffentlichten Nachtrag erfährt man sogar, daß die Sicherheitshypothek nicht 1 Mill. RM, sondern 1100 000 RM betragt.

Zusammenarbeit Philips-Nitzsche AG. Der Philips-Konzern, Eindhoven (Holland) hat mit der Nitzsche AG, Leipzig, ein Verkaufsbüro für die wichtigsten Exportländer gegründet. Die Nitzsche AG hat die drei wichtigsten Konzerne den Alleinverkauf ihrer sämtlichen Projektoren in fast der ganzen Welt übertragen.

